



ALEXANDER KRITIKOS

Werden die Sozialdemokraten nicht mehr gebraucht?

Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

„Der Untergang des Abendlandes“ ironisierte die Berliner taz bereits vor 10 Jahren, als die CSU zum ersten Mal ihre absolute Mehrheit in Bayern verlor. Ganz so schlimm wird es auch dieses Mal schon nicht kommen, aber diese Landtagswahl wird als Wende mit bundespolitischer Bedeutung in die Geschichte eingehen, vielleicht sogar noch mehr als die nordrhein-westfälische Landtagswahl im Jahr 2005. Damals verlor die SPD dort die Regierungsmehrheit – sie hatte „nur“ 5,7 Prozent der Stimmen eingebüßt – und leitete vorgezogene Bundestagswahlen ein.

Der Ausgang der bayerischen Landtagswahl läutet das Ende gleich mehrerer Gewissheiten ein. Erstens: Eine Alleinregierung wird es in absehbarer Zukunft in keinem der 16 Bundesländer mehr geben, zumindest nicht für die drei ehemaligen Volksparteien CDU, CSU und SPD – man muss inzwischen präzisieren, welche Parteien gemeint sind. Zweitens: Die Wählerschaft hat offensichtlich ihr Vertrauen in diese Parteien verloren. Im Fall der CSU liegt das sicherlich an bestimmte Personen und an einem Mangel an erkennbaren Inhalten – auch im schönen Land der Bayern muss man Angebote haben, um gewählt zu werden.

Eine weitere Erkenntnis dieser Wahl ist, dass die Grünen auf bestem Wege zur neuen Volkspartei sind. In Bayern erhielten sie dieses Mal von ehemaligen CSU-Wählerinnen und -Wählern nahezu genauso viele Stimmen wie aus der ehemaligen SPD-Wählerschaft. Die Grünen könnten sich jenseits des überkommenen Rechts-Links-Schemas zur Volkspartei in der Mitte der Gesellschaft entwickeln.

Größte Verliererin dieser Landtagswahl ist die SPD, für sie endete der Sonntagabend erneut im Debakel, ähnlich wie die letzte Bundestagswahl. Erstmals einseitig sind sie nun; und das in einem westdeutschen, nicht wie erwartet in einem ostdeutschen Bundesland. Übrigens aus der Rolle der Opposition heraus: fünftstärkste Partei! Die Sozialdemokraten werden offensichtlich nicht mehr gebraucht. Sind sie überflüssig geworden, wie in manch anderem europäischen Land, in dem sie bereits vollständig von der politischen Landkarte verschwunden sind?

Die Gründe für das schlechte Abschneiden der SPD liegen auf der Hand: Ihr Regierungsprogramm besteht derzeit aus „Gutem Regieren“. Aber: Was ist das? Wann ist Regieren gut und wann schlecht, wenn es an einem Maßstab fehlt?

Es ist für die SPD höchste Zeit, sich mit der eigenen Zukunftsfähigkeit auseinanderzusetzen. Daraus wird sie ein neues Grundsatzprogramm entwickeln müssen, das letzte Programm mit wirklich grundlegenden Änderungen ist ja auch schon ein wenig angestaubt. Einstmals stand die SPD für die Verknüpfung der beiden Begriffe „Sozial“ und „Fortschritt“. Diese Verbindung wird heute dringender denn je benötigt, nur hat die Partei keine Antworten auf die heutigen Herausforderungen. Sie braucht ein Grundsatzprogramm, aus dem hervorgeht, wie sie den *heutigen* Fortschritt, also im Wesentlichen die Digitalisierung der Arbeitswelten, sozial so gestalten will, dass auch diejenigen in der Gesellschaft für sich eine Zukunftsperspektive sehen, die um ihren Job bangen. Das wird sehr viel mit Bildung und Weiterbildung zu tun haben, aber nicht mehr mit herkömmlichen Bildungsangeboten. Die SPD braucht Antworten, wie mehr bezahlbarer Wohnraum in den Großstädten entstehen kann und wie sie dazu private Investoren einbinden möchte, denn ohne oder gar gegen diese wird es nicht zu ausreichenden Investitionen kommen. Und sie muss endlich ein Konzept für ein Einwanderungsgesetz ausarbeiten, das die dringend benötigte Einwanderung von Fachpersonal im Sinne der Volkswirtschaft steuert, aber eben auch die Sorgen vor ungesteuerter Zuwanderung nimmt. Alle drei Herausforderungen sind nicht erst seit gestern bekannt, aber die SPD hat bis heute keine überzeugenden Antworten geliefert. Gelingt ihr das auch in naher Zukunft nicht, könnte ihr Verschwinden zu einer weiteren Gewissheit werden.

Eine längere Version dieses Kommentars ist am 15. Oktober 2018 auf [handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com) erschienen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 17. Oktober 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;

Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.;

Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Hermann Buslei; Dr. Marius Clemens; Magdalena Krieger

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter